Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 25 (2005)

Heft: 49

Artikel: Keine Sozialdemokratie ohne Wirtschaftsdemokratie : zur Geschichte und Aktualität einer Debatte

Autor: Zimmermann, Adrian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652648

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Adrian Zimmermann

Keine Sozialdemokratie ohne Wirtschaftsdemokratie

Zur Geschichte und Aktualität einer Debatte

„Mehr Kapitalismus" oder „Wirtschaftsdemokratie" seien die beiden Aufschriften des Wegweisers am Scheideweg der 80er Jahre, schrieb der schwedische Politikwissenschafter Walter Korpi 1983. Wohin der Weg dann ging, wissen wir heute: Die demokratisch-sozialistische Linke sah sich seit spätestens Anfang der 90er Jahren klar in die Defensive gedrängt. Abstimmungskämpfe zur Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterbewegung endeten in den letzten Jahren aber zunehmend mit Erfolgen, so in der Schweiz etwa die Referenden gegen das neue Arbeitsgesetz (1996), das Elektrizitätsmarktgesetz (2002) und die 11. AHV-Revision (2004). Der „Oltener Kreis linker SozialdemokratInnen", ein Diskussionsforum, das sich innerhalb der SPS 1999 als linkssozialistische Alternative zu „New Labour" formierte, nahm diese Erfolge (namentlich beim Referendum gegen das Elektrizitätsmarktgesetz) zum Anlass, die Debatte um die Alternative Wirtschaftsdemokratie innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie wieder neu aufzugleisen.[1] Denn die stärksten defensiven Erfolge der Arbeiterbewegung bleiben von begrenzter Wirkung, wenn es nicht gelingt, den von Korpi prognostizierten Trend zu „mehr Kapitalismus" zu brechen. Die permanente Auseinandersetzung mit der Geschichte der sozialistischen und wirtschaftsdemokratischen Konzeptionen ist eine wichtige Voraussetzung für ihre Aktualisierung und Neulancierung.[2]

Den Begriff Wirtschaftsdemokratie oder industrielle Demokratie prägten 1897 Beatrice und Sidney Webb – beide führende Mitglieder der „wirtschaftsdemokratischen Avantgarde, der Fabian Society" (Vilmar 2002, 41) – in ihrem Buch „Industrial Democracy". Dass „Wirtschaftsdemokratie" aber erst nach dem 1. Weltkrieg „eine grössere aktuelle Bedeutung" gewann, ist „kein Zufall der Ideenentwicklung: die Idee der Wirtschaftsdemokratie kann nur dann in einem Lande lebendig werden, wenn die Arbeiterschaft dieses Landes schon bestimmte Erfahrungen in der *politischen* Demokratie hat" (Naphtali 1977, 22 ff, Herv. im Original). Die frühere Arbeiterbewegung – und auch Marx und Engels im kommunistischen Manifest – gingen noch davon aus, dass die politische Demokratie unmittelbar zur Herrschaft des Proletariats führt. Erst als die Arbeiterbewegung genügend Erfahrungen mit der politischen Demokratie gesammelt hatte – und das war abgesehen von den USA, Frankreich und der Schweiz erst nach dem 1. Weltkrieg der Fall –, änderte sich diese Einschätzung: Es

zeigte sich, dass die Herrschaft der Besitzenden auch in der Demokratie weiter bestehen bleibt.

In der Schweiz, wo das allgemeine Männerwahlrecht schon länger bestand, thematisierte SPS-Gründer Albert Steck die Problematik schon früher: „Wir wollen die Sozialdemokratie, und diese ist nichts anderes als die soziale Demokratie, welche (...) auch die *politische* Demokratie in sich schliesst und zum wesentlichen Bestandtheile hat. Die soziale Demokratie ist die vollständige Volksherrschaft", die „nur erreicht werden (kann) durch die Herrschaft des Volkes auch über die Produktionsmittel seines Landes" (Steck 1890).

Die Sozialisierungsdebatte nach dem 1. Weltkrieg

Ihre erste Blütezeit hatte die Diskussion um die Wirtschaftsdemokratie in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg und der russischen, deutschen und österreichischen Revolution. Die Frage, ob kriegswirtschaftliche Institutionen auch für friedliche Zwecke weiterverwendet werden könnten, statt zur „freien Wirtschaft" zurückzukehren, und vor allem der Druck der revolutionären Rätebewegung bildeten den unmittelbaren Anlass dazu. In vielen Ländern wurden damals Sozialisierungskommissionen eingesetzt. Das deutsche Betriebsverfassungsgesetz hat in dieser Zeit seine Ursprünge (Bontrup 2005). Grundlegend war in der Sozialisierungsdebatte der Einfluss des englischen „Gildensozialismus" um G.D.H. Cole und Harold Laski, die den Unterschied einer „Industrial Democracy" – und damit einer richtigen Sozialisierung – zur reinen Verstaatlichung (Kommando über die Wirtschaft durch die Staatsbürokratie wie in der SU) und zur Syndikalisierung (Übernahme der Betriebe durch die Belegschaften) erstmals systematisch herausarbeiteten. Die Autoren betonten namentlich die Bedeutung der Konsumentenvertretung (Hirst 1994, 101-110). Sie übertrugen „die geschichtliche Erfahrung der englischen Demokratie" und des sie kennzeichnenden Systems der lokalen Selbstregierung „vom politischen auf das soziale Gebiet", schrieb der Austromarxist Otto Bauer, der nach der österreichischen Revolution 1918/19 für kurze Zeit als österreichischer Aussen- und Sozialisierungminister amtete und dieses Konzept weiterentwickelte. „Industrial Democracy" und nicht eine Rätediktatur sei der für den Westen angemessene Weg zum Sozialismus (Bauer 1920:, 328 ff.).

Bauer und seine Mitarbeiterin Helene Leichter legten ein vom wirtschaftsdemokratischen Standpunkt sehr überzeugendes Sozialisierungskonzept vor: „Wer soll nun die vergesellschaftete Industrie verwalten? Durchaus nicht die Regierung. Wenn die Regierung alle möglichen Betriebe beherrschte, dann würde sie dem Volk und der Volksvertretung gegenüber allzu mächtig; solche Steigerung der Macht der Regierung wäre der Demokratie gefährlich." Gerade deshalb hätten die „Sozialdemokraten nie die Verstaatlichung, immer nur die Vergesellschaftung" gefordert. Ein

wichtige Rolle kam dabei der Zusammensetzung der Organe zu, die der heutige Corporate-Governance-Jargon die „strategische Führung" nennt: „Auch in Zukunft wird jeder vergesellschaftete Industriezweig von einem Verwaltungsrat geleitet werden; aber dieser Verwaltungsrat wird nicht mehr von den Kapitalisten gewählt werden, sondern von den Vertretern derjenigen Bevölkerungskreise, deren Bedürfnisse der sozialisierte Industriezweig fortan befriedigen soll." Verwaltungsräte vergesellschafteter Industrien werde man daher „ungefähr in folgender Weise zusammensetzen: Ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates wird von den Gewerkschaften (...) bestimmt. Ein zweites Drittel (...) bilden die Vertreter der Konsumenten. Das dritte Drittel der Verwaltungsmitglieder endlich bilden die Vertreter des Staates." (Bauer 1919, 96 f)

Auch in der Schweiz gab es damals eine – wenn auch sozialliberal abgeschwächte – Sozialisierungsdebatte: Der freisinnige Bundesrat Edmund Schulthess prüfte die Frage nach Wirtschaftsräten und einer Gewinnbeteiligung der Lohnabhängigen (Kübler 1998, 83). Während diese Pläne Papier blieben, kam es immerhin zu einer zunehmenden Beteiligung der Gewerkschaften in den vorparlamentarischen Kommissionen.[3]

Wirtschaftsdemokratie und Plansozialismus

In den 30er Jahren waren wirtschaftsdemokratische Vorstellungen eine wichtige Grundlage für die internationale „Plan der Arbeit"-Bewegung, die der offensiv und aktivistisch auftretenden faschistischen Ständestaatspropaganda eine sozialdemokratische Alternative entgegensetzte. Ursprünglich vom Psychologen und revisionistischen Sozialisten Hendrik de Man für die Belgische Arbeiterpartei aus dem WTB-Plan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds[4] konzipiert, wurde der Plansozialismus 1935 auch von der niederländischen und der schweizerischen Sozialdemokratie übernommen. In der SPS diente der für die schweizerischen Verhältnisse zuerst vom VPOD adaptierte „Plan der Arbeit" als Ergänzung des ganz im Zeichen der Abwehr der faschistischen Bedrohung stehenden Programms von 1935. Bestechend aktuell am Plangedanken bleibt die Verbindung zwischen Wirtschaftsdemokratie und einer quasi-keynesianischen, die Massenkaufkraft aller werktätigen Schichten stärkenden Antikrisenstrategie. Umgesetzt wurde der Plan allerdings in keinem der drei Länder, da sich die dafür notwendigen Bündnispartner nicht gewinnen liessen.

Die ernüchternden Erfahrungen mit der Realisierbarkeit des Planmodells in der Demokratie führten dazu, dass sich der ohnehin antimarxistischen, aktivistischen und technokratisch-elitären Gedankengängen nicht abgeneigte „Plan-Erfinder" de Man zu einem Bewunderer der angeblich „ordnenden" und „antikapitalistischen" Praxis der faschistischen Regimes wurde (Pels 1985, 148 ff; Sternhell 1999, 343). Dies gipfelte 1940 darin, dass er – allerdings ohne grossen Erfolg – versuchte, sich bei der Nazi-

Besatzungsmacht anzubiedern. Das Abdriften de Mans war übrigens nicht seinem recht überzeugenden Versuch geschuldet, den damals modischen Begriff „Korporatismus" für die Linke zu reklamieren (Man 1934). Dort zeigte er vielmehr klar auf, dass der entscheidende Unterschied zwischen dem autoritären Korporatismus der Faschisten und dem demokratischen Korporatismus der Arbeiterbewegung in der Gewerkschaftsfreiheit und der politischen Gleichheit im Staat zu finden sei (ebd., 32 ff.). De Mans politische Orientierung nach rechts lag nicht darin, dass er überhaupt für Selbstverwaltungsköperschaften der Wirtschaft auftrat, sondern dass er diese zunehmend nicht mehr als kompensierende demokratische Gegengewichte zum Staat, sondern wie die Faschisten als Mittel der Deparlamentarisierung ins Auge fasste. Hier wird klar, dass eine wirtschaftsdemokratische Strategie auch die politische Demokratie verteidigen und auf einer historisch-materialistischen und politisch-ökonomischen Analyse der Klassenverhältnisse beruhen muss.[5]

In der „Neuen Schweiz" griff die SPS den Plangedanken in einer aktualisierten und stärker der Schweiz angepassten Weise 1942 noch einmal auf. Dieses Arbeitsprogramm ist wohl bis heute das wichtigste wirtschaftsdemokratische Konzept der schweizerischen Arbeiterbewegung geblieben. Der Finanzsektor und monopolistische Industriezweige sollten vergesellschaftet, die übrigen Wirtschaftszweige in genossenschaftlichen Selbstverwaltungskörpern (Industrieverbände, landwirtschaftliche und gewerbliche Genossenschaften) organisiert werden. Dabei wären Arbeiter, Angestellte und Konsumenten in den Leitungsgremien der gemeinwirtschaftlichen Betriebe und der die kapitalistischen Branchenverbände und Kartelle ersetzenden Selbstverwaltungskörperschaften vertreten. „Mit der Neuen Schweiz legte die SPS ihr letztes umfassendes Strukturreform-Programm vor." Es sollte nach Ansicht von Parteipräsident und VPOD-Zentralsekretär Hans Oprecht – nach de Man der zweitwichtigste Mann der internationalen Planbewegung, aber im Unterschied zu diesem ein aufrechter Antifaschist – der Partei den „Kampf um die Mehrheit im Volk" erleichtern, um sie „im Rahmen einer neuen Volksmehrheit" an die politische Macht zu bringen (Degen 1993, 50).

Der Kalte Krieg – Wirtschaftsdemokratie als „Dritter Weg"

In der Nachkriegszeit wurde auf gesamtwirtschaftlicher und Branchenebene die Macht der Gewerkschaften gestärkt. Weitergehende wirtschaftsdemokratische Projekte wie die „Neue Schweiz" gerieten in den 1950er Jahren in einem von den ideologischen Frontstellungen des Kalten Kriegs und der Hochkonjunktur geprägten politischen Klima bald in Vergessenheit. Die Erwartung, dass der Wiederaufbau in den Nachkriegsjahren von den interventionistischen Konzepten der Linken geprägt sein würde, wurde im nun anbrechenden „Goldenen Zeitalter" (Hobsbawm) des Kapitalismus

zunehmend durch dezidiert-marktwirtschaftliche Positionen verdrängt (Sassoon 1997, 190). In Deutschland wurde 1951 zwar nach Streikdrohungen des DGB das Montanmitbestimmungsgesetz verabschiedet und damit die paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Kohle- und Stahlindustrie durchgesetzt. Doch das neue Betriebsverfassungsgesetz von 1952 für die anderen Wirtschaftszweige sah keine betriebliche Mitbestimmung vor und wurde deshalb im Bundestag von SPD und KPD bekämpft (Bontrup 2005).

Neben dieser ungünstigen politischen Grosswetterlage trug auch die Tatsache, dass die wirtschaftsdemokratischen Konzepte der Zwischenkriegszeit zum Teil auf unzureichenden Analysen beruht hatten, dazu bei, dass sie nach dem 2. Weltkrieg über Bord geworfen wurden: Rudolf Hilferdings Theorem vom „organisierten Kapitalismus", auf dem Fritz Naphtalis Werk „Wirtschaftsdemokratie" aufbaute, hatte sich in seiner späteren Fassung der Bernsteinschen Annahme angenähert, durch Kartelle und Trusts würde auch die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus abnehmen. Die Branchenkörperschaften der Wirtschaftsdemokratie hatte man sich im wesentlichen als demokratisierte Kartelle, die vergesellschafteten Betriebe als demokratisierte Trusts vorgestellt. Doch die Weltwirtschaftskrise und der Umstand, dass der „organisierte Kapitalismus nicht die Wirtschaftsdemokratie, sondern den Faschismus" (Höppner 2005) hervorbrachte, erschütterte diese klassisch-reformistischen Ansichten nachhaltig.

In der deutschen Sozialdemokratie kam es deshalb nach dem 2. Weltkrieg zu einem folgenschweren Umdenken. SPD und DGB setzten zunehmend stärker auf eine liberale Wettbewerbspolitik und weniger auf wirtschaftsdemokratische Kontrolle monopolistischer Komplexe (ebd.). Politisches Ziel der SPD wurde spätestens mit dem Godesberger Programm von 1959 ein „mitbestimmter (Finanz-)Marktkapitalismus (Höppner 2005).[6] Damit wurde aber auch eine eigenständige Politik zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht abgelöst durch den Anschluss an die Erhardsche Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft", die oft von der SPD konsequenter verfochten wurde als von der CDU (ebd.). In der deutschen Gewerkschaftslinken um den Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, wurden hingegen die wirtschaftsdemokratischen Konzepte durchaus noch theoretisch vertreten (Vilmar 2002, 40 ff).

Für linke Sozialdemokraten und Reformkommunisten galt in dieser Zeit die Wirtschaftsdemokratie vor allem als Grundlage für einen „Dritten Weg" zwischen Sowjetsystem und Monopolkapitalismus.[7] Auffällig ist, dass die Wirtschafts-Demokratiediskussion nach dem 2. Weltkrieg sich weitgehend darauf beschränkte, mehr Mitbestimmung der Lohnabhängigen und eine stärkere öffentliche Kontrolle zu fordern. Die nach dem 1. Weltkrieg und auch im Plansozialismus der 30er und 40er Jahre noch stark präsente Vorstellung der Mitbestimmung der Konsumierenden dagegen verschwand fast völlig. Möglicherweise hängt das damit zusammen, dass am Ende des

1. Weltkriegs eine kämpferische, vor allem von Frauen geführte und getragene Konsumentinnenbewegung bestanden hatte (Schmid-Ammann 1968, 108, 122 f), die es so später nicht mehr gab.[8] Als die Umwelt- und Entwicklungsbewegungen in den 70er Jahren begannen, die Zustimmung der Konsumenten für ihre Ziele zu gewinnen, wurde der Brückenschlag zu den Lohnabhängigen vorerst kaum gefunden. Heute wären die Bedingungen für eine koordinierte interessenzentrierte Mobilisierung der Lohnabhängigen und KonsumentInnen wohl wieder günstiger.

Die Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsdebatte der 70er Jahre

Zu einer Neubelebung der Wirtschaftsdemokratie-Debatte kam es ab Ende der 60er Jahre, als angeregt durch die Forderungen oppositioneller Linkskräfte in den „realsozialistischen" Staaten (namentlich die Konzeption des Wirtschaftsministers des Prager Frühlings Ota Šik)[9] die Wirtschaftsdemokratie zeitweise intensiv diskutiert wurde. Willy Brandt gewann 1969 in Deutschland die Wahlen mit dem Slogan „Mehr Demokratie wagen"; eine auf halbem Weg stehengebliebene Umsetzung dieser Parole war die Revision des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 und das 1976 eingeführte Mitbestimmungsgesetz, das eine – allerdings stark eingeschränkte – paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften mit mehr als 2000 Beschäftigten brachte (Bontrup 2005).

In Schweden wollten die Gewerkschaften mit den „Lohnempfänger-Fonds" langsam aber sicher die Produktionsmittel syndikalisieren.[10] Die französische Linksunion stellte in ihrem gemeinsamen Programm Forderungen für weitgehende Selbstverwaltungsrechte und Verstaatlichungen auf (Sassoon 1997, 538 ff.). Dieses Programm wurde nach dem linken Wahlsieg 1981 zunächst auch teilweise umgesetzt (ebd., 551, 563). Die Rechtswende der französischen sozialistischen Regierung 1983 brachte dann die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie europaweit weitgehend zum Verstummen.[11]

In der Schweiz reichten 1971 der SGB, der Christlich-Nationale Gewerkschaftsbund (CNG) und der Verband Evangelischer Arbeitnehmer (SVEA) erstmals gemeinsam eine Volksinitiative für Mitbestimmung ein, die in der Volksabstimmung vom 21. März 1976 aber mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt wurde. Die aus der französischen Debatte übernommene Forderung nach Selbstverwaltung spielte eine zentrale, aber sehr umstrittene Rolle in der Programmrevision der SPS 1976-1982. Selbstverwaltung wurde als Konkretisierung des demokratischen Sozialismus verstanden: „Selbstverwaltung ist *die* Form des Sozialismus in unserer Gesellschaft und in unserer Epoche"[12]. Die Selbstverwaltungsdiskussion war in der Schweiz stärker von den genossenschaftlichen Experimenten im Umfeld der Alternativbewegung als von den gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung und Investitionslenkung geprägt.

Einige heutigen Autoren sprechen davon, dass die „sozialistische Produktionsweise (...) eine Ökonomie der Investitionsfonds sein" wird (Kremer 1998, ähnlich auch Krätke 1997, Aglietta/Rébérioux 2005 und Sjöberg 2004). Öfters ist in diesem Zusammenhang auch von der theoretischen Kapitalmacht der Lohnabhängigen über die Pensionskassen und ihre paritätischen Stiftungsräte die Rede (Spieler 2005). Die Erfahrungen mit dem wohl bis jetzt ambitioniertesten Plan einer Demokratisierung der Wirtschaft über Investitionsfonds sind aufschlussreich: 1971 beschloss der schwedische Gewerkschaftsbund LO ein Programm für Mitbestimmung und industrielle Demokratie. Beidem hatte die schwedische Arbeiterbewegung vorher skeptisch gegenübergestanden, beruhte doch die schwedische Form des Klassenkompromisses ähnlich wie in der Schweiz darauf, dass die Gewerkschaften die alleinige Betriebsführung durch die Unternehmer („management prerogative") nicht mehr in Frage stellten und im Gegenzug dafür als legitime Vertretung der Belegschaften anerkannt wurden. Kernstück des schwedischen Klassenkompromisses war die solidarische Lohnpolitik, die aber zunehmend paradoxe Ergebnisse zeitigte: Weil sie die Löhne der Arbeiter in den produktivsten Branchen begrenzte, entstanden sehr hohe Profite. Der Unmut über diese Situation kam in einer Welle von zum Teil „wilden" Streiks 1969-1971 zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang steht auch die Neubelebung der Forderungen nach industrieller Demokratie durch die Gewerkschaftsspitzen (Sassoon 1997, 375).

Die Lohnzurückhaltung der Arbeiter in den profitabelsten Betrieben, die diese zunehmend kritisierten, sollte mit mehr Einfluss in den Grossunternehmen entschädigt statt durch Arbeitslosigkeit erzwungen werden; die Notwendigkeit hoher Profite im Kapitalismus sollte damit sozialverträglich gestaltet werden (Sassoon 1997, 706 ff). Kernstück des wirtschaftsdemokratischen Programms des schwedischen Gewerkschaftsbundes war der von Rudolph Meidner, dem altgedienten Vordenker der schwedischen Arbeiterbewegung, ausgearbeitete Plan zur Investitionspolitik: Über „Lohnverdiener-Fonds" (schwed.: „löntagarfonder") würde der Privatsektor unter eine stärkere Kontrolle durch die Arbeiter und ihre Gewerkschaften gestellt werden. War dieser Plan als Ergänzung der solidarischen Lohnpolitik noch ganz von der reformistischen Logik des „langfristigen und langatmigen Fortschreitens" der schwedischen Arbeiterbewegung geprägt, bedeutete es doch „einen Schritt in eine qualitativ andere Richtung, indem der Plan das wesentliche ‚heilige Herzstück' der kapitalistischen Produktionsweise ins Visier nahm und bedrohte." (Sjöberg 2004, 31)

Darin unterschied sich das Projekt radikal von anderen Kapitalbeteiligungsmodellen: Es zielte langfristig darauf ab, nicht nur einen Teil der Profite, sondern die Kontrolle über die Produktionsmittel den Werktätigen zu übergeben. Nicht die individuellen Arbeiter, sondern der Fonds sollte

an den Profiten beteiligt werden. Es war geplant, 20 Prozent der Jahresprofite der Betriebe mit über 50 Angehörigen dem Fonds zu übergeben, womit nach Meidners Berechnungen die Fonds in ca. 20-40 Jahren die Kapitalmehrheit in den Unternehmen erreicht hätten. 1976 wurde eine entsprechende Gesetzesinitiative vom Parlament angenommen, im gleichen Jahr verlor die schwedische Sozialdemokratie aber erstmals seit den 30er Jahren die Wahlen (Sassoon 1997, 709; Sjöberg 2004, 36).

Die Offensive der schwedischen Arbeiterbewegung hatte schnell in eine Defensive umgeschlagen: Die Idee der Lohnverdiener-Fonds entstand in einer Phase der Radikalisierung der schwedischen Gewerkschaften (1971-1976). Die öffentlichen und parlamentarischen Diskussionen um die Fonds (1976-83) und ihr Bestehen in einer stark verwässerten Form als eine Art Pensionsfonds (1983-91) fielen dagegen in eine Phase, als sich die Arbeiterbewegung schon wieder auf dem Rückzug befand. Es gelang dem Bürgerblock, die Auseinandersetzung um die Fonds zu nutzen, um „die Arbeiterbewegung Stück um Stück in die Defensive" zu drängen, seine „hegemoniale Macht" wiederzuerlangen und damit auch das ganze „sozialdemokratische Wohlfahrtsmodell, das sogenannte ‚Volksheim' (‚Folkshemmet') in Frage" zu stellen (Sjöberg 2004, 31). Kurz: Weil es nicht gelang, den schwedischen Sozialstaat zur sozialen Demokratie auszubauen, blieben Bedingungen bestehen, die es ermöglichten, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung wieder rückgängig zu machen.

Zum einen war es zunehmend schwierig, Investitionen unter Bedingungen zunehmender Internationalisierung der Finanzmärkte national zu kontrollieren (Sassoon 1997, 713); zum andern lag eine entscheidende Schwäche der Lohnempfängerfonds in ihrem syndikalistischen Ansatz. Grosse Teile der Bevölkerung waren von der Teilhabe an den Lohnempfängerfonds ausgeschlossen, was sie der bürgerlichen Gegenpropaganda auslieferte. Vorschläge von Walter Korpi, auch Allgemeininteressen bei der Verwaltung der Fonds zu berücksichtigen, wurden nicht umgesetzt (Sassoon 1997, 712). Deshalb plädiert Sjöberg (2004, 35) dafür, zukünftig in sogenannten „Gesellschaftsfonds" die „Genialität der von (...) Meidner präsentierten Konstruktion", die darin bestand, durch ein „Profit-Sharing-Modell, die Eigentums-und Machtstrukturen im Betrieb" zu verschieben, ohne dabei die Liquidität dieser Unternehmen zu beeinflussen", mit einer Fondsverwaltung zu kombinieren, die „ein Gleichgewicht zwischen Lohnarbeitern und der Zivilgesellschaft", zwischen „den Interessen der Produzenten und der Konsumenten" schafft. Auch „gewerkschaftliche Rentenfonds" könnten hier eine Rolle spielen, vorausgesetzt, „dass die Arbeiterbewegung als eine geeinigte hegemoniale Kraft agiert." Vorstellbar wäre auch, „regionale und nationale Fonds" zu einem internationalen System zusammenzufassen.[13] Sjöberg (2004, 36) räumt ein, dass „eine derartige internationale Fonds-Strategie in Richtung einer Wirtschaftsdemokratie bis heute noch in keiner ausgereiften Form ausgearbeitet" worden

sei und „deshalb der kontinuierlichen Diskussion und theoretischen Entfaltung" bedürfe.

Könnte ein solches internationales Fondssystem eine den Herausforderungen der Globalisierung gewachsene Form eines „*Gemeinwesen(s) der Wirtschaft*" (Herv. im Original) sein, das Naphtali (1977, 162) für eine notwendige Voraussetzung der Wirtschaftsdemokratie hielt?

Wirtschaftsdemokratie und die aktuelle SPS-Diskussion

Wenn auch seit 1989 in den Mainstream-Medien kaum eine grundsätzliche Diskussion über Eigentum, Kontrolle der Wirtschaftsmacht und damit auch über Wirtschaftsdemokratie geführt wird, gibt es auf wissenschaftlicher Ebene Studien, die breiter zu diskutieren wären: Zu nennen wäre etwa das Konzept einer „Associative Democracy", die als „real third way" Elemente des Gildensozialismus wieder aktualisieren will und die Frage einer Demokratie jenseits des Staates stellt (Hirst 1994), oder der in der Bewegung für eine andere Globalisierung und namentlich an den Weltsozialforen diskutierte Entwurf einer „Participatory Economy" (Parecon, Albert 2005).

Auf der praktischen Ebene wird gerade in der Schweiz klar, dass in zunächst rein defensiv anmutenden Abwehrkämpfen gegen Betriebsschliessungen und Produktionsverlagerungen (z.B. AdTranz, Sapal, Swissair, Zyliss, Swissmetal, Alcan) zunehmend Investitionsentscheidungen und die Unternehmensführung in den Mittelpunkt der Kritik rücken. Im Rahmen von Sozialplanverhandlungen müssen bereits heute Lohnabhängige und Gewerkschaften vermehrt Verantwortung in der strategischen Unternehmungsführung übernehmen, um den Abbauplänen der neuen, wesentlich an den Aktionärsinteressen ausgerichteten Manager (Aglietta/Rébérioux 2004) Perspektiven für die Weiterführung von oft sehr produktiven Betrieben entgegenzusetzen.

In der SP Schweiz finden zur Zeit zwei – in der öffentlichen Wahrnehmung oft vermischte - grundlegende Diskussionen statt: über ein neues Wirtschaftskonzept und über ein neues Grundsatzprogramm. Welche Rolle spielt die Demokratisierung der Wirtschaft in diesen Debatten? Das neue Wirtschaftskonzept soll das heute gültige Papier aus dem Jahre 1994 ablösen. Beim Wirtschaftskonzept handelt es sich um ein Programm mittlerer Reichweite. Hauptaufgabe des Wirtschaftskonzepts ist es, eine Politik der Vollbeschäftigung und der Massenkaufkraftförderung zu konzipieren und den neoliberalen Deregulierungs- und Privatisierungszug zu stoppen. Priorität der Parteilinken wird es sein, diese linkskeynesianische Orientierung gegen die sozialliberalen „Modernisten"[14] zu verteidigen. Explizit thematisiert werden muss die Wirtschaftsdemokratie vor allem in den Passagen des Wirtschaftskonzepts, die sich mit der Corporate-Governance-Diskussion befassen. Die breite moralische Empörung über die

„Abzockermentalität" darf keinesfalls mit Forderungen nach mehr Aktionärseinfluss abgespeist werden. Vielmehr müssten die Rechte der Werktätigen, Konsumierenden und der Öffentlichkeit in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung über die Unternehmungsführung gestellt werden. Ein verstärkter Kündigungsschutz für Angehörige von betriebsinternen Personalvertretungen und gewerkschaftliche Vertrauensleute, der Ausbau des Mitwirkungsgesetzes zu einem schweizerischen Betriebsverfassungsgesetz, die Demokratisierung der strategischen Unternehmensführung durch den Einsitz von Vertrauensleuten der Arbeitenden, der Öffentlichkeit und die Einführung von demokratisch verwalteten Investitionsfonds sind wirtschaftsdemokratische Elemente, die durchaus im Wirtschaftskonzept von zentraler Bedeutung wären.

Die Neuverankerung der Wirtschaftsdemokratie als Kern einer modernen sozialdemokratischen Strategie wird vor allem für die Ausrichtung des neuen Parteiprogramms (Grundsatzprogramm) entscheidend sein. Das geltende Parteiprogramm aus dem Jahre 1982 soll bis 2009 ersetzt werden. Für die Erarbeitung des „visionären Teils" des neuen Programms hat die Parteileitung eine Subkommission unter Leitung von Willy Spieler[15] eingesetzt, die den Auftrag erhalten hat, die Strategie zur „Überwindung des Kapitalismus", wie sie das Programm von 1982 postuliert, inhaltlich zu konkretisieren. Die Geschichte der wirtschaftsdemokratischen Konzeptionen ist für eine Aktualisierung der Wirtschaftsdemokratie wichtig. Die Wiederentdeckung verschütteter Alternativvorschläge kann Anregungen für zukünftige Neuanläufe vermitteln, die genauere Analyse des Scheiterns aller bisherigen Versuche kann die Realisierungschancen verbessern. Pfannenfertige Rezepte können aber sicher nicht geliefert werden. Dennoch sollen hier abschliessend einige vorläufige Resultate der laufenden Debatte auf den Punkt gebracht werden:

- Eine Neuauflage der Wirtschaftsdemokratie wird stärker als die bisherigen Ansätze mit den aktuellen Kämpfen der Arbeiterbewegung und Sozialbewegung verknüpft sein müssen.
- Ein erneuertes Konzept von Wirtschaftsdemokratie wird die Abgrenzung der Sozialisierung von den verkürzten Ansätzen der Syndikalisierung und Verstaatlichung und damit das Modell einer ausgeglichenen Repräsentation der Werktätigen, der Konsumierenden und der Allgemeinheit aus den Diskussionen nach dem 1. Weltkrieg wieder aufnehmen.
- Es wird die Verknüpfung der Demokratisierung der Investitionsentscheidungen mit einem Investitionsprogramm zur Krisenüberwindung aus der Plandiskussion der 1930er und 1940er Jahre aufnehmen.
- Es wird aus der Selbstverwaltungs- und Humanisierungsdiskussion der 1970er Jahre die gegenüber den früheren Ansätzen stärkere Betonung der individuellen Perspektive integrieren können.
- Wirtschaftsdemokratie wird dann auch den Handlungsspielraum in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus mit ihrer verstärk-

ten Internationalisierung und der enorm gewachsenen Bedeutung des Finanzsektors genauer ausloten müssen.

Anmerkungen

1 Namentlich mit der Organisation einer ersten Tagung mit einem Referat von Arnold Künzli „Plädoyer für ökonomische Bürger- und Menschenrechte" am 27. April 2002, später im Rahmen des Manifests „Warum wir Sozialistinnen und Sozialisten sind: Beitrag zu einer modernen Sozialdemokratie" (beides abrufbar unter www.socialism.ch) und mit einer Diskussion in der „WoZ" (http://www.woz.ch/artikel/archiv/10788.html), seit letztem Jahr vertiefter in einer internen Studiengruppe, die am 24. September 2005 eine Arbeitstagung organisierte. Es ist geplant, die an dieser Tagung gehaltenen Referate zusammen mit weiteren Beiträgen im Laufe des nächsten Jahres zu veröffentlichen.

2 Ein solcher historischer Rückblick ist daher auch das Hauptanliegen dieses Beitrags. Für einen systematisch-historischen Überblick über den aktuellen Stand der Debatte in Deutschland sei auf Vilmar (2002) verwiesen, für die politisch-ökonomische Diskussion wirtschaftsdemokratischer Modelle auf Krätke (2002 und 2003), neu auch auf Bontrup (2005)

3 Fritz Naphtalis Buch „Wirtschaftsdemokratie" (Naphtali 1977) ist eine Art Standortbestimmung der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung in der kurzen Hochkonjunktur zwischen 1923 und 1929 und bildet damit den Abschluss und die Zusammenfassung der Sozialisierungsliteratur nach dem 1. Weltkrieg (vgl. dazu: Krätke 2002, 61).

4 Der nach den Initialen seiner Verfasser (Wladimir Woytinski, Fritz Tarnow und Fritz Baade) benannte Plan zeigte eine Alternative zur verheerenden Deflationspolitik der Regierung Brüning auf. Die SPD-Führung bekämpfte den Plan, vorgeblich weil er nach Hilferding „unmarxistisch" war, tatsächlich weil die Parteiführung die Deflationspolitik weiterhin tolerieren wollte und die Vorlage eines die Gesetzgebung beeinflussenden Plans als Verletzung der Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften betrachtete (Sassoon 1997: 60, zum Einfluss des WTB-Plans auf de Man, ebd. S. 68).

5 De Man hatte demgegenüber bereits in den 1920er Jahren eine „psychologische" Revision des Marxismus gefordert, die die Ausbeutung weniger als ein ökonomisches denn ein ethisches Problem auffasste. Dieser Ansatz fand schon damals die Zustimmung Mussolinis, der mit de Man und dem vom Syndikalisten zum Faschisten mutierten Soziologen Robert Michels gemeinsame ideologische Wurzeln im „revolutionären Revisionismus" Sorels hatte (Sternhell et al., 1999, 310 ff).

6 Die schweizerische Arbeiterbewegung machte diese Kehrtwendung zur liberal-antikartellistischen Politik vorerst nicht im gleichen Ausmass mit. Fritz Marbach (1964), ein Vertreter des damaligen rechten Flügels der SPS, Wirtschaftsprofessor an der Universität Bern, volkswirtschaftlicher Berater des SMUV und „Vater" der schweizerischen Kartellgesetzgebung, hielt teilweise an diesen Vorstellungen Bernsteins und Hilferdings fest, indem er betonte, dass Kartelle durchaus nicht immer nur volkswirtschaftlich negativ einzustufen seien und nicht nur der Marktbeherrschung auf Kosten der Konsumenten, sondern auch einer volkswirtschaftlich erwünschten stärkeren Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen dienten (Marbach 1964).

7 Auf die in diesem Zusammenhang geführten Diskussionen über das jugoslawische Modell einer betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung kann hier nicht näher eingegangen werden.

8 Zwar förderten die schweizerischen Gewerkschaften auch nach dem 2. Weltkrieg den Konsumentenschutz (so gründete der SGB 1955 zusammen mit den Konsumgenossenschaften und Angestelltenverbänden die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Konsumenten, aus der 1964 die Stiftung für Konsumentenschutz SKS hervorging). Bei den Angestelltenverbänden wurde die Konsumentenpolitik in entpolitisierter und teilweise gegenüber der Gewerkschaftsbewegung abgegrenzter Form betrieben (Fluder et.al., 1991, 588 f, 671)

9 Vgl. den Beitrag von Ota Šik in Widerspruch-Heft 19 (1990).
10 Dazu weiter unten mehr.
11 Interessanterweise wurde gerade der einst katholische und nun dem PSF nahestehende Gewerkschaftsbund CFDT, der zuvor am vehementesten die Selbstverwaltung gefordert hatte, zu einer wichtigen Rekrutierungsbasis für den nun aufsteigenden sozialliberalen Flügel des PSF um Jacques Delors und Michel Roccard (Sassoon 1997, 564 f).
12 Arnold Künzli: Zur Philosophie der Selbstverwaltung. In: SPS, Programm-Vorentwurf, S: 12, zit. n. Brodbeck/Zimmermann (1998, 77). Die Debatte wurde nicht nur in der SPS, sondern in der gesamten schweizerischen Linken geführt; vgl. dazu auch: Widerspruch Heft 2, 1981, Autonomie/Selbstverwaltung. (A. Künzli, H. Schäppi, R. Winkler, Th. Heilmann).
13 Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), die Globalen Gewerkschaftsverbände (GUF) und die konsultative gewerkschaftliche Kommission bei der OECD haben ein gemeinsames Komitee gegründet, das ähnliche Fragen diskutieren soll: http://www.workerscapital.org/. In den USA versucht der Gewerkschaftsbund AFL-CIO seit einiger Zeit, die Investitionspolitik der Vorsorgefonds zu koordinieren: http://www.aflcio.org/corporatewatch/capital/whatis.cfm.
14 Deren Positionen (nebst vielen Gemeinplätzen zusammengefasst in: Sommaruga/Strahm 2005) auf nationaler Ebene in der Partei zumindest zur Zeit noch klar minoritär sind. Zur Kritik der rechtssozialdemokratischen Programmatik vgl. auch Eberle/Schäppi (2005).
15 Vgl. dazu seinen Aufruf zur Mitwirkung an die Parteimitglieder (Spieler 2005). Willy Spieler prägt die Debatte um die Wirtschaftsdemokratie und den demokratischen Sozialismus in der Schweiz seit Jahrzehnten entscheidend mit und ist deshalb prädestiniert für die Leitung dieser Subkommission zum neuen SPS-Wirtschaftskonzept.

Literatur

Aglietta, Michel / Rébérioux, Antoine, 2005: Vom Finanzkapitalismus zur Wiederbelebung der sozialen Demokratie. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 3

Albert, Michel, 2006: Parecon. Leben nach dem Kapitalismus. Participatory economy. Frankfurt/M.

Bauer, Otto, 1919: Der Weg zum Sozialismus. In: Otto-Bauer-Werkausgabe Bd. 2, Wien 1976

Bauer, Otto, 1920: Bolschewismus oder Sozialdemokratie? In: Otto-Bauer-Werkausgabe Bd. 2, Wien 1976

Bontrup, Heinz-J., 2005: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft. Köln

Brodbeck, Beat / Zimmermann, Adrian, 1998: „Im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus" oder „Gefühl der Ohnmacht, der Überforderung und Enttäuschung". Situationsdeutungen, Strategien und Zukunftsperspektiven in den Programmrevisionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz von 1959 und 1982 (unver. Seminararbeit, Univ. Bern)

Degen, Bernard, 1993: Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Regierungspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokratie. Zürich

Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2005: Modernisierungspartei oder emanzipatorisches Projekt? Zur aktuellen Debatte über das Wirtschaftsprogramm der SP Schweiz. In: Widerspruch Heft 48, Zürich

Fluder, Robert / Ruf Heinz / Schöni, Walter / Wicki, Martin, 1991: Gewerkschaften und Angestelltenverbände in der schweizerischen Privatwirtschaft. Entstehung, Mitgliedschaft, Organisation und Politik seit 1940. Zürich

Hirst, Paul, 1994: Associative Democracy. New Forms of Economic and Social Governance. Cambridge

Höppner, Martin, 2005: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und organisierter Kapitalismus. 1880-2002, KZfSS. Sonderheft 45

Korpi, Walter, 1983: The Democratic Class Struggle. London
Krätke, Michael R., 1997: Proletarier aller Länder – versichert Euch! Über die Sozialisierung des Sozialstaats. In: Widerspruch Heft 34, Zürich
Krätke, Michael R., 2002: Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte. In: Widerspruch Heft 43, Zürich
Krätke, Michael R., 2003: Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus. In: Mut zur konkreten Utopie. Alternativen zur herrschenden Ökonomie. Kritische Interventionen 8, Hannover
Kremer, Uwe, 1998: Moderner Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie. In: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, 100
Kübler, Markus, 1998: Die Integration des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in das Politische System der Schweiz in den Jahren 1908 bis 1939. (Diss. Universität Bern)
Künzli, Arnold, 2001: Keine Zukunft ohne politische Demokratie und Wirtschaftsdemokratie. In: Widerspruch Heft 40, Zürich
Man, Hendrik de, 1934: Corporatisme et socialisme. Paris/Bruxelles
Marbach, Fritz, 1964: Die Wirtschaftskonzentration. Eine Auseinandersetzung mit der Antikonzentrations-Ideologie, speziell Hans Otto Lenels. Düsseldorf
Naphtali, Fritz, 1977: Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel (Hrsg. und eingeleitet von Rudolf F. Kuda). Köln u. Frankfurt/M
Pels, Dick, 1985: Hendrik de Man en de ideologie van het planisme. In: John Janssen van Gallen, Jan Nekkers, Dick Pels, J.P. Pronk, Het moet, het kan! Op voor het Plan! Vijftig jaar Plan van de Arbeid. Amsterdam
Sassoon, Donald, 1997: One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century. London
Schäppi, Hans / Schöni, Walter, 1992: Wirtschaftsdemokratie und Industriepolitik. Fragen der Demokratie in der Gewerkschaftspolitik. In: Widerspruch Heft 24, Zürich
Schmid-Ammann, Paul, 1968: Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918. Zürich
Šik, Ota, 1990: Humane Wirtschaftsdemokratie – der Dritte Weg. In: Widerspruch, Heft 19, Zürich
Sjöberg, Stefan, 2004: Kollektivfonds als eine Strategie für die Wirtschaftsdemokratie. Lehren aus der Geschichte der schwedischen Arbeitnehmerfonds für die Zukunft. In: Sozialismus Heft 5
Spieler, Willy, 2003: Demokratischer Sozialismus als regulative Idee. In: Ueli Mäder / Hans Saner (Hrsg.), Realismus der Utopie: Zur politischen Philosophie von Arnold Künzli. Zürich
Spieler, Willy, 2004: Was heisst Überwindung des Kapitalismus? In: Neue Wege, Nr. 9, Zürich
Spieler, Willy, 2005: Wirtschaftsdemokratie heute. Aufruf zur Mitarbeit am ‚visionären Teil' des Parteiprogramms. In: links.ch, August 2005
SPS, 1935: Der Plan der Arbeit. In: Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (Angenommen durch den Parteitag vom 26. und 27. Januar 1935 in Luzern), abrufbar unter: http://al.sp-ps.ch/data/DIV/PP-D/Pp1935-d.pdf
SPS, 1942: Die neue Schweiz. Die Sozialdemokratische Partei an das Schweizervolk! Zürich
Steck, Albert, 1890: Die Bedeutung des Wortes „Sozialdemokrat". Auszug aus: Der Schweizerische Sozialdemokrat, Nr. 30, 26.7.1890. In: Arbeitsgruppe für die Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich, Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zur Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart. Zürich [4]1989, S. 117 ff.
Sternhell, Zeev / Sznajder, Mario / Asheri, Maia, 1999: Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini. Hamburg
Sternhell, Zeev, 2000: Ni droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France. Bruxelles
Vilmar, Fritz, 2002: Wirtschaftsdemokratie – eine Alternative. Bilanz und Aktualität. In: Widerspruch 43, Zürich